Abg. Donix bedankte sich für die ausführliche Vorlage. Er bat um ergänzende Erläuterungen, da einleitend in der Vorlage die Verpflichtung für einen Behindertenbeauftragten auf Kommunalebene verneint würde, am Ende jedoch auf eine gesetzliche Grundlage hingewiesen werde, nach der die Kommunen z.B. bei Fördermaßnahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes einen Behindertenbeauftragten bestellen sollten.

Ltd KVD`in Heinze erläuterte, dass nach dem Behindertengleichstellungsgesetz sowohl auf Landes-, wie auch auf Bundesebene nach wie vor keine Verpflichtung bestehe, einen Behindertenbeauftragten zu bestellen. Nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz bestehe jedoch bei der Inanspruchnahme von Fördermitteln die Verpflichtung, diese Maßnahme entweder mit einem Behindertenbeauftragten, einem Behindertenbeirat oder den bundesweit bestehenden 24 Behindertenverbänden abzustimmen.

Abg. Donix legte dar, dass sich seine Fraktion für einen Behindertenbeauftragten innerhalb der Verwaltung ausspräche, da nach seiner Meinung ein ehrenamtlicher Behindertenbeauftragter sicherlich mit derartigen Aufgaben überfordert wäre.

SkB Albrecht gab zu Bedenken, es müsse sichergestellt werden, dass ein Behindertenbeauftragter Entscheidungen im Einvernehmen mit den Betroffenen und nicht über die Betroffenen trafe. Er sehe daher vor einer Abstimmung in seiner Fraktion Beratungsbedarf. Es stelle sich auch die Frage, ob ein Behindertenbeauftragter als Vertreter der Behindertenverbände fungiere.

Ltd.KVD Allroggen antwortete, ein Behindertenbeauftragter habe die Aufgabe, auch die Belange der Behindertenverbände bei verschiedensten Maßnahmen zu vertreten. Er wies darauf hin, dass es sich bei der Vorlage um die Beantwortung eines Prüfauftrages und nicht um einen Beschlussvorschlag handele. Er erkenne jedoch bei der Mehrheitsfraktion die Tendenz in der heutigen Sitzung, einen Beschluss fassen zu wollen.

Abg. Herchenbach-Herweg führte aus, sie halte einen Behindertenbeauftragten grundsätzlich für sinnvoll, würde dieses Thema jedoch vor einer Entscheidung erst in ihrer Fraktion beraten wollen.

Nach kurzer weiterer Diskussion gab Abg. Donix zu Bedenken, dass eine Verschiebung der Entscheidung in den nächsten Ausschuss eingedenk der Terminierung wiederum eine Zeitverzögerung von annähernd einem halben Jahr betragen würde.

Nach kurzer weiterer Diskussion, an der sich die Abg. Herchenbach-Herweg, Abg. Witte SkB Reker, SkB Albrecht, der Ausschussvorsitzende, Ltd KVD Allroggen und Abg. Donix beteiligten, wurde als Kompromiss vorgeschlagen, den Fraktionen die Gelegenheit zur Beratung zu geben und die Entscheidung über einen Behindertenbeauftragten in die nächste Sitzung Ende Mai des Kreisausschusses zu verweisen.

Antrag Diese Überlegung erhob Abg. Donix für seine Fraktion zum Antrag.

Ohne weitere Diskussion fasste der Ausschuss folgenden Beschluss:

B.-Nr. 62/04 Der Ausschuss für Angelegenheiten von Menschen mit Behinderungen verweist die Entscheidung über die Einrichtung der Stelle eines Behindertenbeauftragten auf Kreisebene in die nächste Sitzung des Kreisausschusses zur weiteren Beratung und Beschlussfassung.

Abst.-Erg.: **einstimmig**